Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
In dem Parteiverfahrensverfahren
9/1977/P
09.05.1977

(...)

- Antragsteller -

g e g e n

(...)

- Antragsgegner -

hat die Bundesschiedskommission unter Mitwirkung von

Käte Strobel
Dr. Johannes Strelitz
Ludwig Metzger

festgestellt:

§ 1 der Schiedsordnung regelt die Zuständigkeit der Schiedskommissionen. Sie sind u.a. zuständig für ein Parteiverfahrensverfahren. Ein Parteiverfahrensverfahren kann auf verschiedene Weise zustandekommen. Nach § 18 und 19 gilt die Anordnung des Parteivorstandes über das Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft für längstens drei Monate gleichzeitig als Antrag auf Durchführung eines Parteiverfahrensverfahrens. Das ordnungsgemäße Zustandekommen der Entscheidung des Parteivorstandes ist Prozeßvoraussetzung für das Parteiverfahrensverfahren. Die zuständige Schiedskommission (hier die Landesschiedskommission Berlin) hat zunächst das Vorliegen aller Prozeßvoraussetzungen (auch die Einhaltung der Ladungsfrist) zu prüfen, bevor sie zur Entscheidung in der Sache kommt. Die Prüfung der Prozeßvoraussetzungen ist ein Teil des Parteiverfahrensverfahrens.

Welche Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Bezirks-(Landes-)schiedskommission einzulegen sind, ergibt sich aus § 26 der Schiedsordnung. Danach besteht die Möglichkeit,

gegen eine abschließende Entscheidung der Bezirksschiedskommission Berufung bei der Bundesschiedskommission einzulegen. Erst wenn die Bezirksschiedskommission das Parteiordnungsverfahren abschließend durchgeführt hat, hat die Bundesschiedskommission aufgrund einer Berufung die Möglichkeit und die Aufgabe, das gesamte Verfahren einschließlich der Prüfung der Prozeß-voraussetzungen zu prüfen und zu entscheiden.

Ein Rechtsmittel der Beschwerde gegen die Feststellung des Vorliegens von Prozeßvoraussetzungen gibt es nicht. Die vom Antragsgegner eingelegte "Beschwerde" ist keine Beschwerde im Rechtssinne.

Die Bundesschiedskommission kann deshalb mangels Zuständigkeit bei dem augenblicklichen Stand des Verfahrens keine Entscheidung treffen.

Nürnberg, den 9.5.1977